

Widerstand gegen L601 neu nimmt zu: Interessengemeinschaft Hartewald Gleinz Zeierling-Süd erteilt bahnnaher Variante eine klare Absage

Die immer wieder aufflammende Diskussion um eine mögliche L601 neu veranlasste die Interessengemeinschaft bei ihrer jüngsten Vorstandssitzung klar Position zu beziehen.



Zahreiche Anrainer der Koralmbahn (im Bild Obmann der Interessengemeinschaft Andreas Vondrak) wehren sich massiv gegen eine weitere Lärmbelastung durch eine bahnnaher Trasse der L601 neu!

Foto: Stromauer

Sie ist vor 16 Jahren im Zusammenhang mit der Trassenfestlegung und dem Bau des Koralmtunnels gegründet worden. Das Ziel der Bürgerinitiative war und ist die Verhandlung von optimalem Anrainerschutz, damit die Lebensqualität der betroffenen Anrainer trotz Koralmbahn erhalten werden kann. Dieses Ziel konnte erreicht werden. Dazu waren Beharrlichkeit und jahrelange Verhandlungen mit den ÖBB notwendig.

Tätkräftig unterstützt wurde die Interessengemeinschaft von Anfang an seitens der Marktgemeinde Frauental, für die Anrainerschutz viel mehr als eine Worthülse bedeutet. Heute ist das Bahnprojekt so optimiert, dass die Emissionen für die betroffenen Anrainer zumutbar sind und die Koralmbahn weitestgehend akzeptiert wird.

Nicht akzeptiert wird hingegen, die Bestrebung, den Trassenverlauf parallel zur Koralmbahn zu planen. Andreas Vondrak nimmt als Obmann der Interessengemeinschaft einen klaren Standpunkt ein: „Es kann nicht sein, dass wir jahrelang um unsere Lebensqualität kämpfen und als Belohnung eine Schnellstraße erhalten. Wenn dieses Projekt weiterhin verfolgt wird, werden wir uns zur Wehr setzen.“ zeigt sich Vondrak angriffig und verweist auf die jahrelange Erfahrung der Interessengemeinschaft im Kampf gegen Staub und Lärm.

Informationen über die Interessengemeinschaft sind unter www.koralmtunnel.at abrufbar.

LESER SCHREIBEN – LESER SCHREIBEN –

Außer Verantwortung der Redaktion!

Die Alternative zur millionenschweren L601 NEU

Am 26. Jänner 2015 fand im Turnsaal Frauental die vom Verein „L601 NEU“ organisierte Veranstaltung zur Präsentation und Diskussion der Variantenstudie L601 statt. Dabei wurde von den Diskutanten am Podium der Bau der sogenannten L601 NEU in einer zur Koralmbahn parallelen Trassenführung propagiert.

Aufgrund der vorgebrachten Argumentation der Mitglieder des Vereines „L601 NEU“ (u. a. logische Konsequenz eines Straßeneubaus entlang der neuen Koralmbahntrasse, Erhöhung der Lebensqualität für alle Bewohner im Bezirk, erforderlich für Wirtschaftstandort etc.) stellt sich die Frage, ob dies in Zeiten der Suche nach wirtschaftlich-ökologisch optimierten Lösungsansätzen der richtige Weg für unser Labnitztal ist.

Mit der Realisierung der Koralmbahn entsteht für die gesamte Region ein Jahrhundertprojekt, welches eine leistungsstarke Anbindung für Pendler nach Graz bzw. zukünftig auch nach Klagenfurt schafft und gleichzeitig unseren Wirtschaftsstandort mit der notwendigen Infrastruktur versorgen wird. **Dennach sollte im Fokus der Diskussion die neu in das bestehende Straßen- bzw. Bahnnetz zu integrierende Koralmbahn und nicht eine redundante, millionenschwere Straße stehen.** Dies insofern, zumal die Koralmbahn sowohl hinsichtlich Effizienz (Fahrzeit, Komfort), Ökologie (CO₂ und Feinstaubbelastung) und nicht zuletzt in einer Kosten-Nutzen Relation jeglichen Variantenvergleich mit einer neu zu bauenden L601 gewinnt. Gänzlich unberücksichtigt bei der Forderung des Straßeneubaus bleiben die für Österreich bindenden EU-Klimaziele 2030, welche bis 2030 eine Reduktion des CO₂-Ausstoßes im Vergleich zu 1990 um –40 % vorsehen.

Konkurrenzprojekte wie die geforderte L 601 parallel zur Koralmbahn, welche den Verkehr – entgegen europäischen Erfolgsmodellen – wiederum auf überfüllte Straßen bringen, sind nicht zielführend, wodurch über Alternativen, welche tatsächlich zum Nutzen aller Bewohner in unserem Labnitztal sind, nachzudenken ist.

Im Mittelpunkt sollte demnach eine **hocheffiziente Anbindung an den neu entstehenden Inter-City Weststeiermark Bahnhof im Raum Groß St. Florian sein**, welche durch einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs („neues Bus/Bahn Konzept“ für alle Bewohner der Region) zu realisieren ist. Ergänzt durch den Einsatz innovativer Elektromobilitätskonzepte sollte eine umfassende Vernetzung innerhalb des Bezirkes sowie mit dem Bahnhof Weststeiermark möglich sein. Zielsetzung ist, dass aus Kosten, Effizienz und nicht zuletzt Komfortberlegungen zukünftig der **Bahn im Vergleich zur Straße der Vorrang gegeben wird**, was grundsätzlich mit dem bereits etablierten Erfolgsmodell S-Bahn (GKB) verzeichnet jährliche Zuwachsraten im zweistelligen Bereich) bestätigt wird. In Ergänzung kann ein punktuell sinnvoller Ausbau des bestehenden Straßennetzes durchgeführt werden.

Eine Investition in die skizzierte Alternative hat zudem den wesentlichen Vorteil, dass tatsächlich alle Bewohner des Bezirkes Deutschlandsberg davon profitieren, eine Auseinandersetzung realisierender L601 Initiativen vermeiden wird und es nicht zuletzt zu keiner zusätzlichen Belastung und somit Einschränkung der Lebensqualität für Anrainer entlang der Koralmbahn kommt.

Dipl.-Ing. Oliver Glockengießer, Krotendorf

SPÖ Deutschlandsberg stellt klar!

Zur Aussendung der FPÖ Bad Gams folgende Klarstellung: Die Postsendung „Deutschlandsberg kocht auf“ wurde von uns am 26.1.2015 in der Postfiliale 8530 zur Aufgabe gebracht und als INFO-POST – Sendung verrechnet und zugestellt. Der Vermerk: „Anteilige Mitteilung“ wurde von der Agentur irrtümlich auf der Sendung vermerkt. Die Bezahlung erfolgte von der SPÖ Deutschlandsberg und nicht vom Steuerzahler.

Anton Fabian (Stadtparteivorsitzender)

Schreiben auch Sie Ihre Meinung zum Bezirksgeschehen

Redaktion
Rundschau

**Farm & Forst
Top-Preise auf L...**
Frühbestell-Akt

Rücketechnik - Sä...
Bücherring
Top-Angebot

Forstbekleidung - Ho...

**Land- u. Forst
8530 Deutschlan...**
www.farmmundl.at

@ Weststeirische Rundschau

LESER SCHREIBEN – LESER SCHREIBEN –

Außer Verantwortung der Redaktion!

Initiative L 601 neu Verkehrspolitik wie vor 50 Jahren

Die anwesenden Politiker waren sich wie erwartet einig, wenn es darum geht, den zukünftigen Generationen einen weiteren Schuldenberg und einen weiteren Straßenbau zur Instandhaltung zu hinterlassen. In Anbetracht der Tatsache, dass schon das Geld zur flächendeckenden Wartung des vorhandenen Straßennetzes fehlt, ist der Neubau einer bahntreuen Autobahnbindung in der geforderten Form überhaupt nicht zu rechtfertigen. Zudem sind die vorgebrachten Argumente wie „notwendig für Wirtschaftswachstum“ oder „Stopp der Abwanderung“ nicht nachvollziehbar.

Die **Region Süd/Weststeiermark** konnte lt. den Arbeitsmarktpfeifen des AMS in den letzten Jahren mit Abstand das größte Wirtschaftswachstum aller steirischen Regionen vorweisen und das mit der aktuellen Straßennetzstruktur. Auch das Thema Abwanderungsrate muss geradegetrickt werden. Der Bezirk Deutschlandsberg liegt an hervorragender 7. Stelle und damit im Vordergrund der 18 ausgewerteten steirischen Bezirke.

Abschließend sei angemerkt, dass bessere, billigere und zeitgemäße Alternativen, wie ein **durchdachter Ausbau des vorhandenen Straßennetzes und Programme zur Stärkung des öffentlichen Verkehrs**, nach wie vor ignoriert werden. Ich kann nur hoffen, dass sich die Entscheidungsträger nicht vom ausgeübten Druck der Initiative L 601 neu beeinflussen lassen und diesem Projekt eine klare Absage erteilen.

Gerhard Greiner, Gr. St. Florian

L 601 oder die unendliche Geschichte

Als ehemaliger Gemeinderat der Stadt Deutschlandsberg wollte ich mir die Präsentation und Diskussion bezüglich der L601 neu in Frauental nicht entgehen lassen. Meine hohen Erwartungen wurden bei dieser Veranstaltung nicht erfüllt, denn nach einer halben Stunde war allen interessierten Zuhörern klar, dass außer viel Gerede **nicht viel herauskommen wird.** Vielmehr wurde seitens der Politik gekont die Verantwortung hin und her geschoben. Denn warum sollten sich die Verantwortlichen des Landes um eine Entscheidung bemühen wenn man sich in der Region bezüglich der endgültigen Trassenführung nicht einigt. Es war klar zu erkennen, dass sich die politische Führung von Frauental derzeit zu keiner Entscheidung bezüglich der endgültigen Trasse bewegen lässt. **Man will anscheinend die Wählerschaft rund um die lebenswerte Lassnitzalmgemeinschaft nicht vergrämen.**

Es wirkt schon sonderbar wenn man weiß, dass in Deutschlandsberg und Frauental die gleiche politische Fraktion federführend ist, aber bezüglich Entscheidungen, die die Region stärken würden, diese gegensätzlicher nicht sein könnten. Ob es nun die Mitglieder der Lassnitzalm Gemeinschaft in der Lassnitzalm Entwicklung GesmbH., die Fusion mit Deutschlandsberg oder eine Entscheidung um die 601 neu ist. Irigendwann wird uns diese Blockadehaltung auf den Kopf fallen, sieht man sich die Wirtschaftsdaten und Arbeitslosenzahlen an.

Mein Fazit aus der gut zwei Stunden dauernden Veranstaltung war: Es ist gut wenn sich Menschen zusammenschließen, damit ihr Lebensraum erhalten bleibt. **Jedoch werden sich nur Regionen wirtschaftlich gut etablieren, wenn es leistungsfähige Verkehrsverbindungen geben wird.** Und wie falsch heimische Politiker handeln können sahen wir vor Jahren, als die Entscheidung um die Errichtung des neuen Bahnhofes für die Koralmbahn in Deutschlandsberg anstand.

Ein anderes interessantes Thema sind die vielen Umfrageergebnisse die besagen, dass die **Steier begeisterter Fusionier sind.** Vielleicht liegt dieser Umstand eher daran, dass man den Steirern nur jene Informationen zukommen lässt, die alles in einem schönen Licht erstrahlen lassen. Kein Wort davon, dass in der Verwaltung doch keine Einsparungen stattfinden oder durch höhere Einwohnerzahlen in der Sozialhilfe höhere Kosten für die neuen Gemeinden entstehen. Und warum dem Fußvolk mitteilen, dass die Gemeinden in Zukunft weniger Bedarfsmittel bekommen werden. „Zukunftssicher“ war ein Leitwort, als diese Reform eingeleitet wurde. Nur, wie sollen sich Gemeinden zukunftsicher aufstellen, wenn man ihnen höhere Kosten aufbürdet und im gleichen Zug Geldmittel streicht! Und unter diesem Aspekt wäre es vielleicht besser sich bezüglich der Verkehrsanbindung nicht durch eine Blockadehaltung ins wirtschaftliche Absichts zu stellen.

Alfred Klug